

DER KAMPF DER WERKTATIGEN VORPOMMERNS FÜR DIE AKTIONSEINHEIT GEGEN DEN DROHENDEN HITLERFASCHISMUS

Im Jahre 1932 hatte die kapitalistische Weltwirtschaftskrise ihren Tiefpunkt erreicht. Die Brüningregierung stärkte durch ihre Notverordnungen das deutsche Finanzkapital auf Kosten der Arbeiterklasse. Durch die 4. Notverordnung, die eine umfassende 10—15%ige Lohnkürzung mit sich brachte, wurde die Arbeiterklasse einer noch stärkeren Verelendung preisgegeben.

1932 erfüllte die sozialistische Sowjetunion ihren 1. Fünfjahrplan und gab den kämpfenden Arbeitern in allen kapitalistischen Ländern Hoffnung und Kraft. Tausende deutscher Arbeiter erhielten durch sowjetische Aufträge an die Industrie Arbeit und Brot.

Das deutsche Monopolkapital und die Revanchisten meldeten offen ihre Expansionsbestrebungen nach Osten an. Terror gegen die Arbeiterklasse im Inneren und Expansion nach außen, das charakterisierte die Politik der Junker und Kapitalisten im Jahre 1932.

Angesichts dieser Lage erklärte das ZK der KPD in seiner Resolution zum Februarplenum 1932:

„Die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern, die Lohnsenkung, die Verstöße gegen die Erwerbslosen, die Faschisierung einer Reihe von Staaten, besonders Deutschlands, die erhöhte Rolle der Militärcliquen in der Politik der ost- und mittel-europäischen Regierungen sind untrennbare Bestandteile der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.“ (1)

Die Hauptaufgabe der deutschen Arbeiterklasse mußte die Schaffung einer revolutionären Einheitsfront sein, mit dem Ziel: Kampf gegen Faschismus und Krieg und damit zugleich für die Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion. Bedingt durch die Verschärfung des Klassenkampfes wuchs die revolutionäre Stimmung der Arbeiterklasse. Das ZK der KPD erließ am 26. Mai 1932 den Aufruf zum Zusammenschluß in der antifaschistischen Aktion.

Auch vor der kommunistischen Partei Pommerns stand die Aufgabe mit allen Kräften den Kampf gegen die drohende faschistische Gefahr und damit für die Verteidigung der Sowjetunion zu führen. Die Lösung dieser Aufgabe wurde umso dringender, weil die Faschisten in Pommern neben ihrer allgemeinen sozialen Demagogie offen eine starke faschistische Kampagne gegen die sogenannte polnische Gefahr führten. Dabei bedienten sich die Nazis nicht nur ihrer Parteimitglieder, sondern sie stützten sich auf Kreise der deutschnationalen Gutsbesitzer und

die Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände. In der Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände in Stettin waren u. a. die sogenannten Heimatverbände der Ostpreußen, Westpreußen, Posener, Schlesier und Oberschlesier vereinigt, die ständig die Lüge von der polnischen Gefahr schürten und Anlaß suchten, um gegen Polen zu hetzen. (2)

Gleichzeitig versuchten diese Gruppen, ideologisch inspiriert von der faschistischen „Blut- und Bodenpolitik“, in der pommerschen Landbevölkerung eine antisowjetische Stimmung zu erzeugen. Dabei bedienten sie sich der demagogischen Losung vom Kampf um die Erhaltung der eigenen Scholle gegen den Bolschewismus. Es gelang ihnen auch Teile der klein- und mittelbäuerlichen Bevölkerung durch diese chauvinistische Hetze zu beeinflussen.

Die Führer der sozialdemokratischen Partei Pommerns trugen einen großen Teil Schuld dafür. Der Antisowjetismus beherrschte die SPD-Führung und lähmte die Kraft der sozialdemokratischen Mitgliedermassen. Die SPD entfaltete keine Offensive gegen die chauvinistische Hetze gegen die Sowjetunion, sondern stimmte mit ein in die Verleumdungen gegen den 1. Staat der Arbeiter und Bauern. Damit gab sie wieder einmal den proletarischen Internationalismus preis und war nicht gewillt der Lüge von der „polnischen Gefahr“ entgegenzutreten. In den polnischen Landarbeitern sah die SPD-Führung nicht die Klassengenossen eines Nachbarvolkes, sondern Arbeitskräfte, die den deutschen Arbeitern die Verdienstmöglichkeiten nahmen. So bemühte sich die vorpommersche SPD-Zeitung krampfhaft nachzuweisen, daß die deutschen Landarbeiter in der Lage wären, ebenso gute Arbeit in der Getreide- und Rübenenernte zu vollbringen, wie die als tüchtige und ausdauernde Arbeiter bekannten polnischen Schnitter. Die Einstellung der SPD-Führung kam in der konkreten Situation einer Unterstützung der faschistischen Hetze gegen alle Polen gleich.

Als einzige deutsche Partei nahm die KPD den Kampf gegen den Chauvinismus und für die Verteidigung der Sowjetunion auf. In dem sehr wichtigen Entwurf der politischen Resolution zum Bezirksparteitag der KPD in Pommern vom Januar 1933 hieß es über die Hauptaufgaben der Partei:

„Im Bezirk Pommern ist eine wichtige Aufgabe der Partei, dem nationalistischen Kriegsgeschrei gegen das faschistische Polen den proletarischen Internationalismus der polnischen und pommerschen Arbeiter und Werktätigen entgegen zu setzen. Insbesondere in den Grenzgebieten, in den kriegswichtigen Betrieben und in den Ostseehäfen ist dieser Arbeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Sie bekommt erhöhte Bedeutung unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der Sowjetunion.“ (3)

Getreu den Ideen des proletarischen Internationalismus hatte sich unter den pommerschen Wanderarbeitern und den vorpommerschen Landarbeitern unter Anleitung der KPD schon früh eine revolutionäre Aktionseinheit gebildet. Seit 1927 organisierte die KPD gemeinsam mit polnischen Kommunisten die Arbeit unter den polnischen Arbeitern. Auf Anraten des Zentralkomitees der KPD wurde in Vorpommern ein Kultur- und Bildungsverein polnischer Arbeiter in Deutschland gegründet, dem im Jahre 1932 ca. 150 eingeschriebene Mitglieder angehörten, darunter etwa 10% Kommunisten. Als im Frühjahr 1929 nationalistische und klerikale Kreise Polens den polnischen Arbeitern die Teilnahme am Emigrantenkongreß in Warschau verweigerten, wir vermuten, weil sie die revolutionären polnischen Arbeiter fürchteten, fand auf Vorschlag der SU im Oktober 1929 ein Erwerderungskongreß revolutionärer polnischer Arbeiter in Moskau statt. Durch Geldsammlun-

gen ermöglichten die Mitglieder des vorpommerschen Kultur- und Bildungsvereins ihrem Delegierten, dem späteren Sekretär Franz Pilarski, ihre Interessen in Moskau zu vertreten (Genosse Franz Pilarski arbeitet heute an der Universität Greifswald als Sekretär der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.) In Moskau trafen sich damals 44 Arbeiterdelegierte aus Deutschland, Belgien, Frankreich, der Tschechoslowakei und Polen und berieten über die engere Zusammenarbeit der polnischen Arbeiter in den kapitalistischen Ländern. Es ist verständlich, daß unter diesen Umständen der Antisowjetismus unter den organisierten polnischen Arbeitern keinen Boden fand.

Obwohl die Forschungen über die Arbeiten des Vereins gerade erst aufgenommen wurden, kan schon folgendes gesagt werden:

Der Einfluß des zahlenmäßig kleinen Vereins erfasste weit über seine Mitgliederzahl hinaus viele polnische Wanderarbeiter, vor allem aber die mit den sozialistischen Ideen sympathisierenden Arbeiter. Vor der Öffentlichkeit bestand der Verein, wie sein Name schon sagt, mit dem Ziel, seine Mitglieder weiterzubilden. Seine wirkliche Aufgabe bestand aber darin, die polnischen Arbeiter mit den Ideen des Marxismus-Leninismus auszurüsten, um sie so für die sozialen und politischen Kämpfe gegen Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Faschisten in Deutschland und Polen vorzubereiten. Revolutionäre Literatur in polnischer Sprache erhielt die Vereinigung aus der SU (z. B. „TRYBUNA RADZIECKA“ ORGAN BIURA POLSKIEGO WYDZIAŁU AGITACJI, PROPAGANDY I PRASY CK WKP[b]) aus Berlin, Basel und Frankreich. Vielfältige Formen der Agitation und Propaganda wurden ausgenutzt, so erhielten die polnischen Arbeiter z. B. mit politischen Artikeln bedrucktes Zigarettenpapier.

Die Leitung des Vereins lag bei zwei polnischen Genossen Kowalski und Kubanek (wahrscheinlich Pseudonym) mit Namen und dem deutschen Sekretär, dem Genossen Franz Pilarski, der als Westpreuße von Hause aus die polnische und die deutsche Sprache beherrschte und einer Vorschnitterfamilie entstammte.

In fester Solidarität mit den deutschen Genossen nahmen die polnischen Genossen den Kampf gegen den Hitlerfaschismus und für die Verteidigung der Sowjetunion auf, vor allem nachdem auf Weisung des ZK der KPD die offizielle Verbindung im Herbst 1932 aufgelöst wurde und nur noch illegale Verbindungen bestanden. Die Verbindung zwischen den in Vorpommern ansässig gewordenen polnischen Arbeitern und den revolutionären deutschen Arbeitern brachen in der Zeit des Faschismus nicht ab. Wie unser alter Genosse Hermann Lindgreen, der heute in Greifswald lebt, berichtete, hat ein polnischer Genosse in der Zeit des Faschismus die Informationen von der Brüsseler Konferenz im Oktober 1935 aus Belgien nach Greifswald gebracht.

So führte die KPD den Kampf gegen den Chauvinismus und schuf in Pommern ein festes proletarisches Bündnis zwischen den organisierten polnischen und den deutschen Arbeitern. Das war die eine Seite der Aktionseinheit. Doch in Deutschland wurde die Aktionseinheit unter der Masse aller Arbeiter notwendig.

Am 31. Mai 1932 wurde die von der SPD tolerierte Brüningregierung durch das Monopolkapital und das Junkertum gestürzt. Die Bildung der Papenregierung bedeutete einen weiteren Schritt auf dem Wege von der bürgerlichen Demokratie zur offenen Diktatur des Monopolkapitals. Der starke Einfluß der Militaristen auf die Papenregierung verschärfte die Kriegsgefahr. Gleichzeitig wuchs der faschistische Terror durch die Aufhebung des SA-Verbots am 14. Juni 1932 ungeheuer an. Tagtäglich wurden Kommunisten und Sozialdemokraten überfallen. Unter den

Bedingungen des verschärften Klassenkampfes begann die KPD unter der Führung Ernst Thälmanns den Kampf um die Anwendung einer elastischen Einheitsfrontpolitik.

Die Führung der SPD beharrte auf ihrer antisowjetischen Position und war der Meinung, den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielen zu müssen. In Greifswald zeigte sie ihre antisowjetische Haltung dadurch offen, daß sie den 1. Vorsitzenden der SPD-Ortsgruppe Julius Schröder aus der Partei ausschloß, weil er im Oktober 1931 mit einer sozialdemokratischen Arbeiterdelegation auf Einladung der KPdSU in der Sowjetunion weilte.

Bei der revolutionären Stimmung unter der Arbeiterklasse war es dem SPD-Organ, der „Greifswalder Volkszeitung“ nicht möglich, öffentlich eine Begründung für den Ausschluß zu drucken. Ganz verschämt, an versteckter Stelle, erschien nur die Meldung vom Ausschluß. „Der Hungrige“ aber, das Organ der Greifswalder Erwerbslosen, das unter der Leitung kommunistischer Redakteure stand, veröffentlichte die Briefe des Genossen Schröder, der in der Sowjetunion selbst feststellte, daß seine Partei über das erste sozialistische Land infame Verleumdungen verbreitete. (4)

Während die SPD-Führung weiter die Aktionseinheit mit den Kommunisten ablehnte und den Genossen Schröder ebenso wie viele andere klassenbewusste Arbeiter aus der Partei ausschloß, begann die Aktionseinheit. Genosse Schröder wurde Mitglied der KPD. Was die SPD-Führung von oben zu verhindern suchte, wurde durch SPD-Arbeiter und Gewerkschaftler unter Führung der KPD von unten geschaffen.

Im Juli 1932 erfasste eine Welle von Einheitsfrontdemonstrationen Vorpommern. KPD und SPD verbanden den Kampf gegen die Papenregierung mit den Vorbereitungen zur Reichstagswahl im November. Am 6. Juli 1932 marschierte in Barth die Einheitsfront durch Beteiligung des Kampfbundes der KPD, der Hammer-schaften der SPD, der Gewerkschaften und des Reichsbanners. Demonstrationen der Aktionseinheit in Greifswald, Stralsund, Demmin, Saßnitz, Bergen und Wolgast folgten. (5) Damit waren alle größeren Städte Vorpommerns von der Einheitsfrontbewegung erfasst. Über die Stralsunder Einheitsfrontdemonstration schrieb sogar der sozialdemokratische „Vorpommer“, als wollte er seine Unschuld am Bruderzwist beteuern:

„Zum ersten Male seit vielen, vielen Jahren gab es nur eine Arbeiterschaft-nur einen Feind und der stand rechts. Zum ersten Male war der Bruderstreit begraben, das soll dem Kommunisten anerkennend gesagt werden.“ (6)

Während große Teile der Arbeiterklasse bereit waren unter Einsatz ihres Lebens gegen den Faschismus zu kämpfen, schrieben sozialdemokratische Bonzen in „Vorpommer“ noch wenige Monate vorher:

„Laßt Euch nicht provozieren!...“

Die Partei hat nie zu Gewalttätigkeiten aufgefordert, weil sie wußte, daß sich ihre heilige und gerechte Sache mit geistigen Waffen durchsetzen läßt... Sie bekämpft den Gegner heute wie früher mit geistigen Mitteln.“ (7)

Das war Verrat an der Arbeiterklasse, zumal in einen Nazidrohbrief an die „Greifswalder Volkszeitung“ (SPD) und den „Hungrigen“ (Greifswalder Erwerbslosenblatt) die Faschisten ihren unmenschlichen Terror offen ankündigten.

In dem Brief, aus dem ich noch die gelindesten Stellen zitiere, hieß es unter anderem:

„Der junge Adel brennt darauf, seine Leute gegen Euch zu führen, dann soll Euer stinkiges Blut aber fließen, die Hälfte von Euch wird gleich totgeschlagen, sodaß gerade noch Vieh genug von Euch zum Arbeiten übrigbleibt... Wir werden uns rächen dafür, daß Ihr Knechte es gewagt habt, uns unsere Rechte zu schmälern, ihr SPD- und KPD-Schweinearbeitsvieh mit Euch werden wir unsere Felder düngen...

*Mit Heil Großdeutschland unter würdigen Herrschern!
Heil Hitler! Got mit uns. (8)“*

Der 17. Juli 1932 zeigte offen die Brutalität der Faschisten. Greifswalder Arbeiter mußten den Beweis erbringen, daß sich die heilige und gerechte Sache des Proletariats nicht nur mit geistigen Waffen verteidigen ließ.

Anläßlich einer SA-Standartenweihe rotteten sich Faschisten zusammen, stürmten und verwüsteten ein Konsumlager und brachen in Arbeiterwohnungen ein.

Eine größere Bande von Faschisten rottete sich zusammen um, nach ihren eigenen Worten, Arbeiter in ihren „roten Nestern“, den Wohnbaracken, „auszuräuchern“ und zu lynchen. Im heldenhaften Abwehrkampf verteidigten Greifswalder Kommunisten das Leben ihrer Familien gegen die mit Revolvern bewaffneten SA-Leute. Drei tote Faschisten, zehn schwer- und leichtverletzte waren das Ergebnis des brutalen Überfalls. Nur zwei Tage später wurde in einem Zeltlager der „Roten Falken“ in Negast der sozialdemokratische Lehrer und Funktionär, Karl Krull, bei einem Polizeiüberfall ermordet. (10)

Aber weder die Mörder des sozialdemokratischen Lehrers Krull, noch die Verantwortlichen für den Überfall auf die Arbeiterwohnbaracken in Greifswald wurden bestraft. Die Klassenjustiz der Weimarer Republik verurteilte die aus Notwehr handelnden Arbeiter unter unglaublichen Rechtsbruch zu insgesamt 39 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren 11 Monate Gefängnis.

Unter diesen Bedingungen kam der Kampf mit geistigen Mitteln, wie ihn die SPD-Bonzen forderten, dem Selbstmord gleich. Die SPD-Mitglieder begannen konsequente Maßnahmen von ihren Führern zu fordern. Klassenbewusste Genossen traten zur KPD über. Die vorpommersche Arbeiterklasse wurde durch die Ereignisse revolutioniert.

Diese Linksorientierung in Pommern fand ihren zahlenmäßigen Ausdruck im Anwachsen der kommunistischen Wählerstimmen von April 1932 zum November des gleichen Jahres.

Bei den Reichspräsidentenwahlen im April 1932 erhielt die KPD in Pommern 64.000 Stimmen, bei den Reichstagswahlen waren es 119.000.

Das kam einem Stimmenzuwachs von 90% gleich und verschob das Stimmenverhältnis von SPD zur KPD zugunsten der KPD. Im April 1932 kamen auf jede kommunistische Stimme 3 sozialdemokratische, im November auf 1 KPD nur noch 1,6 SPD-Stimmen. (11)

Auf Grund der Forderungen unter den SPD-Mitgliedern Vorpommerns war der SPD-Führer Kirchmann (Stralsund) gezwungen, auf dem Bezirksparteitag am 5. Februar 1933 in Stettin zu erklären:

„Die Delegierten Vorpommerns sind der Auffassung, daß unbedingt Klarheit über den Weg, den die Partei zu gehen beabsichtigt, geschaffen werden muß. Wir sind ferner der Meinung, daß in der Führung der Partei Fehler gemacht worden sind.“ (12)

Wenn man die Ursachen sucht, die dafür verantwortlich zu machen sind, daß trotz der Revolutionierung der Arbeiterklasse in Deutschland die faschistische

Machtergreifung nicht verhindert wurde, dann erkennt man, daß einen großen Teil der Schuld die SPD-Führung trägt. Ihre reformistische Politik hemmte die Aktionen der Arbeiterklasse, und ihre antisowjetische Haltung riß immer und immer wieder den Zwiespalt zwischen SPD und KPD auf. Eine einheitlich geführte Arbeiterklasse wäre durchaus in der Lage gewesen, den deutschen Hitlerfaschismus zu schlagen und seinen Machtantritt zu verhindern.

QUELLENVERZEICHNIS

- (1) *Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands* (Berlin 1954) S. 308 (Aus der Resolution des ZK-Plenums, Februar 1932)
- (2) Landesarchiv Greifswald, Rep. 60/1271
- (3) „Der Stürmer“ (Sonderausgabe zum Bezirksparteitag der KPD) Entwurf: Politische Resolution zum Bezirksparteitag Januar 1933 (Materialien zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Greifswald)
- (4) „Der Hungrige“ No 42, Greifswalder Erwerbslosenzeitung, Oktober 1931 (Materialien zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Greifswald.)
- (5) „Der Vorpommer“ 6.7.32, 11.7.32, 12.7.32, 14.7.32, 18.7.32 Stadtarchiv Stralsund
- (6) „Der Vorpommer“ 11.7.32, Seite 4, Stadtarchiv Stralsund
- (7) „Der Vorpommer“ 2.7.32, Seite 3, Stadtarchiv Stralsund
- (8) „Greifswalder Volkszeitung“ 17.4.31 Stadtarchiv Greifswald
- (9) „Der Vorpommer“ 18.7.32, Seite 9, Stadtarchiv Stralsund
- (10) „Der Vorpommer“ 20.7.32, Seite 1 u. 2, Stadtarchiv Stralsund
- (11) „Der Stürmer“ (Sonderausgabe zum Bezirksparteitag) Entwurf: Politische Resolution zum Bezirksparteitag 1933 (Materialien zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Greifswald)
- (12) „Volkswacht“ Organ der KPD für Stettin und Provinz Pommern, 12. Februar 1933, Seite 5 (Materialien zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, Institut für Gesellschaftswissenschaften, Greifswald).

WALKA MAS PRACUJĄCYCH POMORZA ZAODRZAŃSKIEGO O JEDNOŚĆ DZIAŁANIA PRZECIWKO GROŻĄCEMU HITLEROWSKIEMU FASZYZMOWI

(Streszczenie)

W roku 1932 osiągnął ogólno-światowy kapitalistyczny kryzys gospodarczy swój punkt kulminacyjny. Rządy Brüninga przy pomocy swych ustaw wyjątkowych wzmocniły — kosztem klasy robotniczej — niemiecki kapitał finansowy. Po czwartej wyjątkowej ustawie, która spowodowała obniżkę płac o 10—15%, nastąpiło jeszcze poważniejsze zubożenie proletariatu.

W 1932 roku Związek Radziecki wykonał swój pierwszy plan 5-letni. Tysiące niemieckich robotników, na skutek radzieckich zamówień, otrzymało w przemyśle pracę i chleb.

Niemiecki kapitał monopolistyczny oraz niemieckie koła rewanżowe zgłaszały otwarcie żądania ekspansjonistyczne wobec wschodu. Terror wewnętrzny wobec klasy robotniczej i ekspansja na zewnątrz — oto co charakteryzowało politykę junkrów i kapitalistów w 1932 r.

W związku z tą sytuacją K.C.—K.P.D. podjął na lutowym Plenum w 1932 roku następującą rezolucję:

„Ofensywa kapitału przeciwko klasie robotniczej we wszystkich krajach, obniżka płac, wykroczenia wobec bezrobotnych, faszyzacja szeregu państw, szczególnie Niemiec, wzrastająca rola militarnych klik w polityce wschodnich i środkowo-europejskich rządów, są nieodłącznymi częściami składowymi przygotowań wojennych przeciwko Związkowi Radzieckiemu.”

Głównym zadaniem niemieckiej klasy robotniczej było stworzenie rewolucyjnego frontu jedności do walki przeciwko faszyzmowi, wojnie, i zarazem celem obrony Związku Radzieckiego.

Faszyści na Pomorzu Zachodnim rozwinęli przeciwko tzw. „polskiemu niebezpieczeństwu”, obok swej ogólnej socjalnej demagogii, jawną faszystowską kampanię. Posługiwali się przy tym naziści nie tylko swoimi członkami partii, lecz opierali się również na konserwatywnych obszarnikach i zjednoczeniu organizacji rewizjonistycznych. W skład tego zjednoczenia wchodziły w Szczecinie tzw. ojczyzniane organizacje Prus Wschodnich, Pomorza Gdańskiego, poznaniaków, ślązaków, górno-ślązaków, które stale podniecały kłamstwa o „polskim niebezpieczeństwie”, podjudzały przeciwko Polsce, a równocześnie starały się wywołać nastroje antyradzieckie wśród ludności wiejskiej Pomorza Zachodniego. Przy pomocy tej szo-

winistycznej nagonki udało im się wpłynąć na część drobnego i średniego chłopstwa.

Nastroje antyradzieckie opanowały także kierownictwo S.P.D. i osłabiły siły socjal-demokratycznych mas członkowskich. S.P.D. nie rozwinęła żadnej ofensywy przeciwko szowinistycznej nagonce, lecz włączyła się do kampanii oszczerczej przeciwko pierwszemu państwu robotników i chłopów. W ten sposób zrezygnowała ona jeszcze raz z proletariackiego internacjonalizmu i nie przeciwstawiła się kłamstwu o rzekomym „polskim niebezpieczeństwie”. W polskich robotnikach rolnych widziało kierownictwo S.P.D. nie towarzyszy klasowych sąsiedniego narodu, lecz siłę roboczą, która odbierała niemieckim robotnikom ich możliwości zarobkowania. To stanowisko kierownictwa S.P.D. było w tej konkretnej sytuacji poparciem dla faszystowskiej nagonki.

Jedyną niemiecką partią, która podjęła walkę przeciwko szowinizmowi i w obronie Związku Radzieckiego była K.P.D. W bardzo ważnym projekcie politycznej rezolucji z wojewódzkiej konferencji K.P.D. na Pomorzu Zachodnim, która odbyła się w 1933 roku główne zadania partii zostały sformułowane w następujący sposób:

„W prowincji zachodnio-pomorskiej obowiązkiem Partii jest przeciwstawić nacjonalistycznej propagandzie wojennej przeciwko faszystowskiej Polsce — proletariacki internacjonalizm polskich i zachodnio-pomorskich robotników i innych ludzi pracy. Na terenach granicznych, w zakładach zbrojeniowych, w portach bałtyckich trzeba pracy tej poświęcić szczególną uwagę. Praca ta ma z punktu widzenia ochrony Związku Radzieckiego jak największe znaczenie.”

Dopiero pod kierownictwem K.P.D. zrodziła się wśród zachodnio-pomorskich pracowników sezonowych i robotników rolnych rewolucyjna jedność działania. Od 1927 roku organizowała K.P.D. wspólnie z polskimi komunistami pracę wśród polskich robotników rolnych. Założono na terenie Pomorza Zaodrzańskiego Zrzeszenie kulturalno-dokształcające dla polskich robotników pracujących na terenie Niemiec. Wiosną 1929 roku nacjonalistyczne i klerykalne koła Polski uniemożliwiły polskim robotnikom wzięcie udziału w kongresie emigrantów w Warszawie. W październiku 1929 roku zorganizowano na wniosek Związku Radzieckiego ponowny kongres rewolucyjnych polskich robotników w Moskwie. Za zbiórki pieniężne członków Zrzeszenia kulturalno-dokształcającego wyjechał do Moskwy późniejszy sekretarz Franciszek Pilariski (obecny sekretarz Towarzystwa Przyjaźni Niemiecko-Radzieckiej przy uniwersytecie w Greifswald). W Moskwie spotkało się wówczas 44 delegatów: z Niemiec, Belgii, Francji, Czechosłowacji i Polski. Dyskutowali oni nad ściślejszą współpracą z robotnikami polskimi pracującymi w krajach kapitalistycznych.

Oficjalnie celem Zrzeszenia, jak zresztą jego nazwa wskazuje, było dokształcanie swych członków. Jego faktyczne zadanie zaś polegało na uzbrojeniu polskich robotników w idee marksizmu-leninizmu, aby ich w ten sposób przygotować do socjalnych i politycznych walk z obszarnikami, kapitalistami i faszystami zarówno w Niemczech jak i w Polsce. Literaturę w języku polskim otrzymywało Zrzeszenie ze Związku Radzieckiego (np. Trybuna Radziecka, organ biura polskiego wydziału agitacji, propagandy i prasy K.C. WKP(b) z Berlina, Bazylei i Francji. Kierownictwo Zrzeszenia było w rękach dwóch polskich towarzyszy: Kowalskiego i Kurbanka (prawdopodobnie pseudonimy), oraz niemieckiego sekretarza tow. Fr. Pilarskiego, który pochodząc z Pomorza Gdańskiego znał język polski i niemiecki. Polscy towarzysze podjęli walkę przeciwko faszyzmowi hitlerowskiemu oraz walkę

Abschritt

Auf, auf, zum Kampf, zum Kampf sind wir geboren. Auf, auf zum Kampf, zum Kampf sind wir bereit. Dem Karl Liebknecht haben wir's geschworen, der Rosa Luxemburg reihen wir die Hand.

Wir fürchten nicht, ja nicht dem Dämon der Knechts. Wir fürchten nicht, ja nicht die graue Polizei. Dem Karl Liebknecht haben wir verloren, die Rosa Luxemburg fiel durch Mordhand.

Da steht ein Mann, ein Mann, so fest wie eine Fels, die hat Gewiss, Gewiss schon manchen Sturm erlebt. Vielleicht ist er schon morgen eine Leiche, wie es so vielen seiner Brüder geht.

Jedna z kolportowanych powszechnie w latach dwudziestych pieśni rewolucyjnych — wzywa proletariat do walki za przykładem Karola Liebknechta i Róży Luksemburg

w celu obrony Związku Radzieckiego w atmosferze trwałej solidarności z niemieckimi towarzyszami także wówczas, gdy na zalecenie K.C. KPD rozwiązano w 1932 roku oficjalnie istniejące Zrzeszenie i gdy tylko jeszcze mogły istnieć nieoficjalne związki. Współdziałanie to istniało również w okresie faszyzmu. Jak nas informuje nasz stary towarzysz Herman Lindgreen z Greifswaldu, informacje z brukselskiej konferencji, która odbyła się w październiku 1935 roku w Belgii, a więc w okresie faszyzmu, przywiózł do Greifswaldu właśnie polski towarzysz.

W ten sposób prowadziła K.P.D. swą walkę przeciwko szowinizmowi i stworzyła na Pomorzu Zachodnim mocną proletariacką więź między polskimi a niemieckimi robotnikami. To była jedna strona wspólnego działania. Jednak w Niemczech istniała konieczność stworzenia jednolitego frontu wśród szerokich mas wszystkich robotników.

31. V. 1932 roku kapitał monopolistyczny i junkierstwo obaliło rząd Brüninga — tolerowany przez S.P.D. Utworzenie rządu Papena oznaczało dalszy krok na drodze od mieszczańskiej demokracji do jawnej dyktatury kapitału monopolistycznego. Silny wpływ militarystów na rządy Papena zaostrzył jeszcze bardziej niebezpieczeństwo wojny. Jednocześnie po zniesieniu w dniu 14 lipca 1932 r. zakazu o działalności S.A. wzrastał się niesamowicie faszystowski terror. Codziennie organizowano napady na komunistów i socjal-demokratów. K.P.D. pod kierownictwem Ernsta Thälmana rozpoczęła w warunkach zaostrażającej się walki klasowej walkę o zastosowanie elastycznej jednolito-frontowej polityki. S.P.D. trwała nadal na pozycji antyradzieckiej i była zdania, że winna odgrywać rolę lekarza przy łożu chorego kapitalizmu. O wrogim stosunku S.P.D. do Związku Radzieckiego świadczy w Greifswaldzie wykluczenie z partii pierwszego przewodniczącego grupy partyjnej Juliusa Schrödera, za to, że przebywał w październiku 1931 z socjal-demokratyczną delegacją w Związku Radzieckim. Jednak rewolucyjne nastroje wśród klasy robotniczej nie pozwoliły organowi S.P.D. „Greifswalder Volkszeitung” oficjalnie uzasadnić przyczyny jego wykluczenia. Bardzo nieśmiało w słabo widocznym miejscu ukazał się tylko komunikat o jego wykluczeniu. „Der Hungrige” jednak, który był organem prasowym greifswaldzkich bezrobotnych, a w którym kierownictwo należało do komunistycznych redaktorów, opublikował listy tow. Schrödera, który w Związku Radzieckim osobiście stwierdził, że jego partia rozgłasza o pierwszym socjalistycznym państwie haniebne kłamstwa.

Mimo, iż kierownictwo S.P.D. nadal odrzucało zasadę jedności działania z komunistami rozpoczęło się wspólne działanie. To co kierownictwo S.P.D. chciało odgórnie uniemożliwić, zostało przez robotników należących do S.P.D. i związkowców oddolnie pod kierownictwem K.P.D. zrealizowane. Tow. Schröder został członkiem K.P.D.

W lipcu 1932 roku objęła Pomorze Zaodrzańskie fala jednofrontowych demonstracji. 6 lipca 1932 maszerował przez Barth — front jedności składający się z grup organizacji bojowych KPD i SPD. Zorganizowano demonstracje w Greifswaldzie, Stralsundzie, Demmin, Sassnitz, Bergen i Wolgast. W ten sposób wciągnięto wszystkie większe miasta Pomorza Zaodrzańskiego do frontu jedności. O stralsundzkich demonstracjach pisał nawet socjaldemokratyczny „Vorpommer” jak gdyby usiłował on wykazać swoją niewinność w rodzinnej waśni:

„Po raz pierwszy od wielu, wielu lat istniała tylko jedna wspólnota robotnicza i tylko jeden wróg — stojący po prawicy. Po raz pierwszy pogrzebano rodzinną waśń — i za to należy się komunistom uznanie”.

Podczas gdy liczne oddziały klasy robotniczej gotowe były do walki z faszyzmem socjaldemokratyczni władcy z „Vorpommer” pisali jeszcze parę miesięcy przedtem:

„Nie dajcie się sprowokować... Partia nigdy nie używała do gwałtów, ponieważ wiedziała, że jej święta i sprawiedliwa sprawa może zwyciężyć jedynie przy pomocy intelektualnej broni... Partia nasza zwalczała i zwalcza swego przeciwnika środkami intelektualnymi”.

To była jawna zdrada klasy robotniczej, tymbardziej że faszysty zapowiedzieli swój nieludzki terror oficjalnie w nazistowskim liście ostrzegawczym do „Greifswalder Volkszeitung” (SPD) i do „Hungrigen” (organ greifswaldzkich bezrobotnych). W liście, z którego cytuję jedynie łagodne ustępy czytamy między innymi:

„Młoda szlachta pali się do tego, aby swoich ludzi na was poprowadzić — popłynie wówczas wasza cuchnąca krew, połowę was wybijemy zaraz i pozostawimy waszego bydła akurat tyle, żeby starczyło do pracy... Zemścimy się za to, że wy — parobcy wzięliście się umniejszać nasze prawa, wy SPD-owskie i KPD-owskie bydło robocze — wami będziemy nasze pola użyżniać...”

*Heil Grossdeutschland
pod godnym panowaniem!*

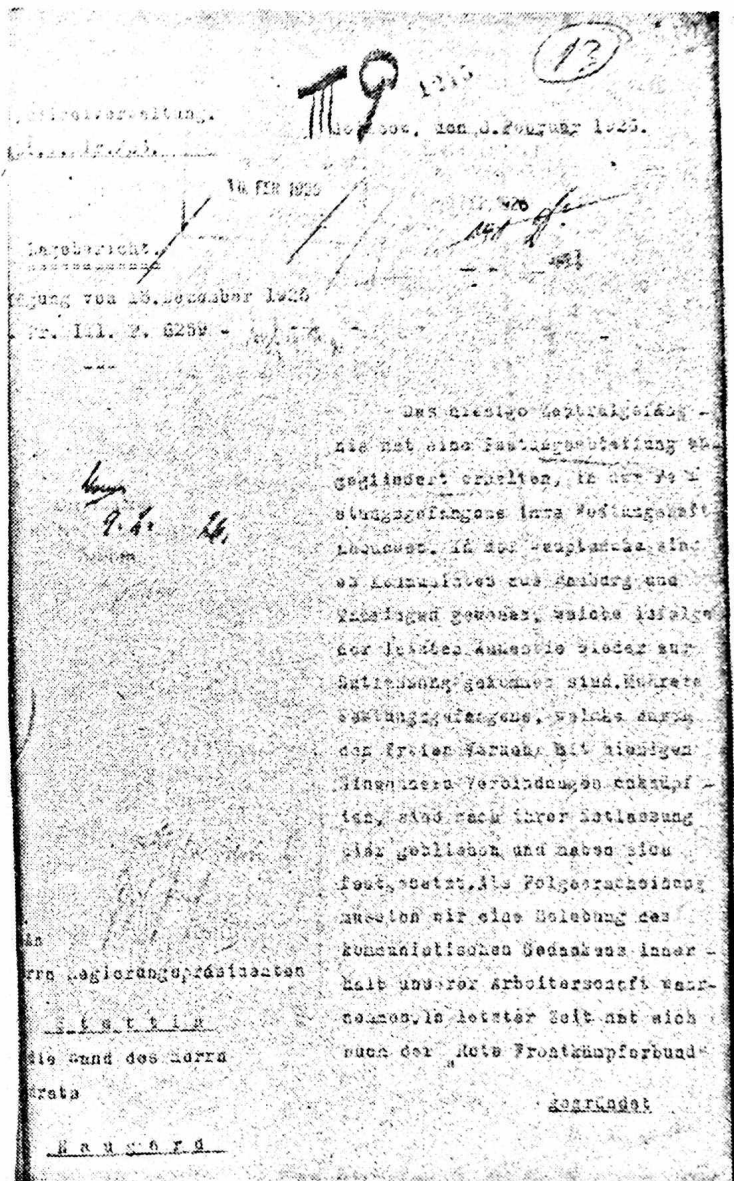
Heil Hitler!

Bóg z nami”

17 lipiec 1932 r. wykazał jawnie brutalność faszystów. Z okazji poświęcenia sztandarów S.A. w Greifswaldzie faszysty zniszczyli magazyn konsumu i włamali się do mieszkań robotników. Większa grupa faszystów zebrała się, aby zgodnie z własnymi słowami przepędzić robotników z ich „czerwonych gniazd” z ich mieszkań i zlinczować ich. W bohaterskiej walce bronili komuniści Greifswaldu przed uzbrojonymi w rewolwery członkami S.A. życia swych rodzin. Trzech zabitych faszystów, 10-ciu ciężko i lekko rannych — oto rezultat brutalnego napadu. A już dwa dni później zamordowano podczas policyjnego napadu w obozie kempingowym „Rotenfalken” w Negast socjaldemokratycznego działacza i nauczyciela — Karola Krulla. Łamiąc praworządność skazano działających we własnej obronie robotników łącznie na 39 lat obozu pracy, oraz 6 lat 11 miesięcy więzienia. W tych warunkach walka środkami intelektualnymi, tak jak ją propagowali przywódcy S.P.D. — oznaczała jawne samobójstwo. Członkowie S.P.D. zaczęli domagać się od swoich przywódców konkretnych posunięć. Uświadomieni klasowo towarzysze wstąpili do K.P.D. Ta lewicowa orientacja na Pomorzu znalazła swój wyraz we wzroście ilości głosujących na komunistów w okresie od kwietnia 1932 do listopada tego samego roku. Podczas wyborów na prezydenta Rzeszy w kwietniu 1932 roku otrzymali K.P.D.-owcy na Pomorzu 64.000 głosów, podczas wyborów do Reichstagu — 119.000 głosów, co stanowiło 90 procentowy wzrost ilości głosów i fakt ten zmienił sytuację na korzyść KPD.

Na skutek żądań członków S.P.D. Pomorza Zaodrzańskiego, przewodniczący Kirchmann (Stralsund) był zmuszony złożyć na konferencji prowincjonalnej w Szczecinie w dniu 5.2.33 następujące oświadczenie:

„Delegowani Pomorza Zaodrzańskiego są zdania, że powinna istnieć całkowita jasność co do drogi wybranej przez ich partię. Jesteśmy również zdania, że kierownictwo partyjne popełniło błąd.”



Komuniści niemieccy propagowali idee walki o nowe spo-
 łeczeństwo nawet z więzienia.

Zarząd policji w Goleniowie informuje w r. 1926 prezy-
 denta regencji o wzroście działalności komunistycznej wśród
 robotników w Goleniowie, co było dziełem komunistów, wię-
 zionych w goleniowskim więzieniu.

Jeżeli szuka się odpowiedzialnych za to, dlaczego pomimo wzrostu fali rewolucyjnej klasa robotnicza w Niemczech nie potrafiła przeciwstawić się faszyzmowi, to trzeba stwierdzić, że w dużej mierze ponosi tutaj winę samo kierownictwo S.P.D. Jego rewizjonistyczna polityka hamowała akcję klasy robotniczej, jego antyradykalne nastawienie stwarzało stale jakąś przepaść między S.P.D. a K.P.D. Jednocześnie prowadzona klasa robotnicza byłaby niewątpliwie w stanie obalić niemiecki faszyzm i nie dopuścić do objęcia przez niego władzy.